

**ZIELBEWUSST
IN EINE
GUTE ZUKUNFT**



**10-Punkte-Programm der CDU
in Baden-Württemberg**

10-Punkte-Programm der CDU in Baden-Württemberg

- I. Die Freiheit und Eigenverantwortung des Menschen im Zeitalter des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts
- II. Erziehung und Bildung der Jugend
- III. Gesunde Familie — Hort unserer Kultur
- IV. Ein sinnvoller Lebensabend für die alten Menschen
- V. Ziel der staatlichen Wirtschaftsordnung: Die eigenverantwortliche Lebensgestaltung
- VI. Wohnungsbau, Raumordnung und Verkehr im Dienst des Menschen
- VII. Sozialer Friede durch Gerechtigkeit und Partnerschaft
- VIII. Wirksame Hilfe des Staates in der Not — Gesundheitsvorsorge und Bekämpfung der Zivilisationsschäden
- IX. Das Recht auf Heimat im Geiste der Versöhnung
- X. Selbstverwaltung unter wacher Teilnahme der Bürgerschaft

**Leistungsspiegel der Regierung Kiesinger 1960 bis 1964
in Stichworten und Zahlen**

Zielbewußt in eine gute Zukunft

10-Punkte-Programm der CDU in Baden-Württemberg

I.

Die Freiheit und Eigenverantwortung des Menschen im Zeitalter des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts

Die Welt wird sich in den kommenden Jahrzehnten tiefgreifender verändern, als während der vergangenen Jahrhunderte. Die stürmisch voranstrebende wissenschaftliche und technische Entwicklung bietet den Menschen die Chance einer außerordentlichen Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Sie birgt in sich aber auch außergewöhnliche und neuartige Gefahren.

Dank dem technischen Fortschritt kann in weiten Bereichen der Wirtschaft mit gleichem Arbeitsaufwand immer mehr produziert werden. Eine kluge Wirtschaftspolitik kann und muß diese Entwicklung für eine stetige Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung nutzbar machen. Damit eröffnen sich der Sozialpolitik neue Möglichkeiten, sicheren Wohlstand für alle zu schaffen.

Die CDU ist entschlossen, von den wirtschafts- und sozialpolitischen Möglichkeiten, die der wissenschaftliche und technische Fortschritt bietet, vollen Gebrauch zu machen. Wohlstand und Lebenssicherheit sind aber nicht das Höchste. Der materielle Fortschritt muß die Grundlage für eine kulturelle Entwicklung sein, in welcher der Mensch seine Persönlichkeit voll und reich entfalten kann. Eine Politik, die nur einseitig den materiellen Fortschritt im Auge hätte, würde den Kern der menschlichen Persönlichkeit zerstören und den Menschen schließlich seiner Freiheit und Würde berauben. Deshalb ist es wesentliches Ziel der CDU, die geistigen und seelischen Kräfte des Menschen zu stärken und ihn instand zu setzen, seine Eigenständigkeit und Freiheit auch in der technischen und industriellen Massenwelt zu behaupten. Nur wenn dies gelingt, wird unsere demokratische Staatsform leben und Bestand haben.

Die Sorge der CDU gilt dem ganzen Volk in allen seinen Schichten: Der Jugend ebenso wie dem Alter, denjenigen, die ihr Leben aus eigener Kraft gestalten können, wie denen, die der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen.

II.

Erziehung und Bildung der Jugend

Den jungen Menschen muß ein großzügig ausgebautes Schulsystem die Bildung vermitteln, die ihrer Begabung und ihrem Leistungswillen entspricht. Unter Führung der Regierung Kiesinger und der CDU wurde für das Bildungswesen unseres Landes mehr geleistet als je zuvor. Diese Anstrengungen müssen noch weiter verstärkt werden. Auch jedem begabten Arbeiter- und Bauernkind muß in Zukunft die Möglichkeit eröffnet werden, eine weiterführende Schule zu besuchen und auf die Hochschule zu gehen. Die Ausschöpfung aller Begabungsreserven ist nicht nur eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine Lebensfrage für unser Volk, wenn es im Wettbewerb der übrigen Völker Schritt halten will. Das Netz von leistungsfähigen Volks- und weiterführenden Schulen, Fach- und Ingenieurschulen, Pädagogischen Hochschulen, Technischen Hochschulen und Universitäten, das unser Land auszeichnet, muß weiter vervollkommen werden; möglichst gleichmäßig über das ganze Land verteilt. Der Verbesserung des ländlichen Schulwesens kommt dabei besondere Bedeutung zu. Nach einem halben Jahrtausend wird durch die Initiative des Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger im deutschen Südwesten zum erstenmal wieder eine Universität gegründet. Die neue Universität in Konstanz, die neue Medizinische Hochschule in Ulm und die Gründung einer zweiten Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg in Mannheim, der fortlaufende Ausbau unserer sieben alten Hochschulen dienen der für unser Volk lebenswichtigen Förderung von Wissenschaft und Forschung. Bei diesen Neugründungen soll eine den Erfordernissen unserer Zeit entsprechende Hochschulreform angebahnt werden.

Alle diese Bemühungen haben das Ziel, unseren Kindern das Wissen zu vermitteln, das unsere schwierige Zeit von ihnen verlangt, und ihren Verstand entsprechend zu schulen. Das Wichtigste aber ist und bleibt, daß die Erziehung im Elternhaus und in der Schule ihnen die geistige und seelische Kraft zur Bewältigung ihrer schweren Aufgabe verleiht. Dafür sind die besten Lehrer gerade gut genug. Wir müssen die größten Anstrengungen machen, um eine ständig wachsende Zahl junger Menschen für den überaus wichtigen und verantwortungsvollen Beruf des Lehrers zu gewinnen. Die Lehrer müssen ihre Erziehungsarbeit an den edelsten Traditionen Europas, in Sonderheit an der christlichen

Überlieferung und Wertordnung orientieren und sie neu durchdacht und erlebt für die Zukunft fruchtbar machen. Diese verantwortungsvolle Aufgabe können nur Lehrer erfüllen, die mit der wissenschaftlich-fachlichen Ausbildung auch eine hohe erzieherische Fähigkeit verbinden. Die Lehrerbildung muß auf diese Ziele ausgerichtet werden.

III.

Gesunde Familie — Hort unserer Kultur

Alle Bemühungen um eine gesunde Jugend müssen scheitern, wenn es uns nicht gelingt, den Gedanken der Familie als dem eigentlichen Hort unserer Kultur in unserem Volk lebendig zu erhalten. Kinderreiche Familien brauchen die wirksame Hilfe der Gemeinschaft, wenn sie sich, zum Nutzen und Segen der Gemeinschaft selbst, gesund und glücklich entwickeln sollen.

IV.

Ein sinnvoller Lebensabend für die alten Menschen

Die Fortschritte der Medizin und eine umfassende staatliche Gesundheitspflege haben das Leben der Menschen erheblich verlängert. Daher gibt es in unserem Volk im Gegensatz zu früheren Zeit fast ebenso viele alte wie junge Menschen. Den alten Menschen muß ein glücklicher und sinnvoller Lebensabend inmitten der Gemeinschaft gesichert werden. Der wertvolle Schatz ihrer Lebenserfahrung, ihr Rat und ihre Hilfe muß unserem Volk erhalten bleiben, in der Familie, in der Gemeinde und im Land. Es genügt nicht, daß man ihnen eine gute Unterkunft in einem Altersheim verschafft, sie wollen und können ja noch eine Aufgabe in der Gemeinschaft erfüllen, so daß sie das Gefühl haben können, daß ihr Leben Sinn und Inhalt hat. Bei allen unseren Maßnahmen der Altershilfe, insbesondere beim Landesaltenplan der CDU, steht dieser Gedanke im Mittelpunkt.

V.

Ziel der staatlichen Wirtschaftsordnung: Die eigenverantwortliche Lebensgestaltung

Der Kerngedanke der Politik der CDU bleibt es, unseren Mitbürgern zu ermöglichen, ihr Leben und das ihrer Familie aus eigener Kraft zu gestalten. Dazu muß das ganze Volk am wirtschaftlichen Fortschritt

gerechten Anteil haben. Die Sicherung der Kaufkraft unserer Währung muß jedem Sparwilligen die Möglichkeit verschaffen, die Früchte seiner Arbeit zu bewahren.

Baden-Württemberg ist das industrie-intensivste Land der Bundesrepublik geworden, das heißt, wir haben prozentual die meisten in der Industrie Beschäftigten. Es ist der entschiedene Wille der CDU, unsere Industriearbeiter und Angestellten am Fortschritt unseres wirtschaftlichen Wachstums in vollem Umfang zu beteiligen und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen ständig weiter zu verbessern. Ihrem Fleiß und ihrer Begabung verdankt die blühende Industrie unseres Landes so viel wie dem phantasiereichen und wagemutigen Geist der Unternehmer. Der großartige Aufschwung unserer Industrie in den vergangenen Jahren ist ihr gemeinsames Werk und gereicht ihnen gemeinsam zu Dank und Ehre. Eine begabte, fleißige, selbstbewußte und gerecht entlohnte Industriearbeiterschaft bleibt die Voraussetzung für die Zukunft unserer heimischen Wirtschaft.

VI.

Wohnungsbau, Raumordnung und Verkehr im Dienst des Menschen

Staatliche Hilfe hat in erster Linie die Aufgabe, den Menschen die eigenverantwortliche Lebensgestaltung zu ermöglichen.

Solche staatliche Hilfeleistungen sind nach wie vor dringend auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus, der möglichst vielen den Erwerb eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung ermöglichen soll.

Durch eine weitschauende Verkehrspolitik müssen die Wege zur Arbeitsstätte verkürzt und erleichtert werden.

Wirtschaftlich benachteiligte Gebiete des Landes müssen durch eine wohldurchdachte Raumplanung weiter gefördert und gekräftigt werden. Das wirtschaftliche und kulturelle Gefälle zwischen den großen Ballungsräumen und den übrigen Gebieten muß weiter verringert werden. Das wird sowohl den Großstädten wie den ländlichen Gebieten zugute kommen.

VII.

Sozialer Friede durch Gerechtigkeit und Partnerschaft

Jenen Schichten unserer Bevölkerung, die für die eigenverantwortliche Gestaltung ihres Lebens einer Förderung durch den Staat bedürfen, muß diese Hilfe wirksam und großzügig geleistet werden. Das ist der

Sinn unserer vielfältigen Maßnahmen zum Schutz unserer kleinbäuerlichen Betriebe und unserer mittelständischen Wirtschaft sowie der kinderreichen Familien aller Bevölkerungsschichten. Das Verständnis der verschiedenen Berufs- und Lebensgruppen unseres Volkes füreinander muß im Interesse des sozialen Friedens und der Schicksalsgemeinschaft aller geweckt und vertieft werden.

Das gilt besonders für unsere in einer tiefgreifenden Entwicklung befindliche Landwirtschaft. Die CDU wird alles daransetzen, um die Lebenschancen für den bäuerlichen Familienbetrieb und den für unser Land wichtigen Kleinbetrieb in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch eine weitsichtige Agrarpolitik zu nützen. Nur eine lebensfähige eigene Landwirtschaft sichert unsere Ernährungsgrundlage und bewahrt die gesunde Sozialstruktur unseres Landes. Der bäuerliche Mensch, dessen wertvolle Eigenschaften unser Volk nicht entbehren kann, hat darum Anspruch auf Schutz gegen die ihn bedrohenden Gefahren, die er aus eigener Kraft nicht abwehren kann.

VIII.

Wirksame Hilfe des Staates in der Not — Gesundheitsvorsorge und Bekämpfung der Zivilisationsschäden

Wer sein Leben nicht aus eigener Kraft meistern kann, sei es wegen Krankheit, Alter und Gebrechlichkeit oder aus sonstiger unverschuldeten Not, hat ein Recht auf ausreichende Hilfe durch die Gemeinschaft. Eine moderne und vorausschauende Gesundheitspolitik muß den gefährlich anwachsenden Zivilisationsschäden und Krankheiten begegnen. Luftverpestung und Wasserverschmutzung und der quälende Lärm müssen bekämpft werden. Für die Kranken muß rasche, wirksame Hilfe und Pflege gewährleistet sein. Nach der Krankenhausdenkschrift der Regierung Kiesinger müssen in allen Landesteilen leistungsfähige Schwerpunkt- und Leichtkrankenhäuser vorhanden sein. Beim Bau neuer Krankenhäuser ist besonders auch auf die seelischen Bedürfnisse des kranken Menschen zu achten.

Sport ist die beste Gesundheitsvorsorge. Das Land Baden-Württemberg liegt dank den Leistungen der Regierung auf dem Gebiet der Sportförderung mit an der Spitze aller Bundesländer. Die staatlichen Leistungen für den Sport werden noch weiter gesteigert werden. Ein dichtes Netz von Sportstätten aller Art muß das ganze Land überziehen.

IX.

Das Recht auf Heimat im Geiste der Versöhnung

Ein Viertel der Bevölkerung unseres Landes besteht aus Heimatvertriebenen und Flüchtlingen, die nach dem Krieg bei uns eine neue Heimat gefunden haben. Ohne ihre tatkräftige Mithilfe wäre der rasche Aufbau unserer Wirtschaft nicht möglich gewesen. Wir wollen aber auch ihr kulturelles Erbe, das sie uns mitbrachten, pflegen und es mit unserer heimischen Tradition verbinden. Die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Heimatvertriebenen muß mit Nachdruck zu Ende geführt werden. Unbeschadet dessen tritt die CDU für das Recht auf Heimat und das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes im Geiste der Gerechtigkeit, der Versöhnung und des Friedens ein.

X.

Selbstverwaltung unter wacher Teilnahme der Bürgerschaft

Nicht alle öffentlichen Aufgaben können vom Bund oder vom Land erfüllt werden. Eine gesunde und kräftige Selbstverwaltung in den Gemeinden und Kreisen muß einen erheblichen Teil dieser Aufgaben übernehmen. Dabei bleibt die Bürgerschaft zur wachen Teilnahme aufgerufen, damit der Grundgedanke der Selbstverwaltung, im überschaubaren heimatlichen Raum lebendige Demokratie zu verwirklichen, erhalten bleibt. Um ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können, müssen die Gemeinden und Kreise mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Dies geschieht in Baden-Württemberg durch einen vorbildlichen kommunalen Finanzausgleich, der von keinem anderen Land der Bundesrepublik erreicht wird und durch zahlreiche zusätzliche Hilfen des Landes. Diese Politik wird nach dem Willen der CDU auch in der Zukunft unentwegt fortgeführt werden.

Leistungsspiegel der Regierung Kiesinger 1960 bis 1964 in Stichworten und Zahlen

I. Bedeutsame Gesetze, die von der Landesregierung entworfen und vom Landtag verabschiedet wurden:

1. Das neue Schulhausbaugesetz
2. Das Schulverwaltungsgesetz (noch in der Beratung)
3. Das Landesplanungsgesetz
4. Das Immissionsschutzgesetz
5. Das neue Finanzausgleichsgesetz
6. Das Beamtengesetz
7. Das Pressegesetz
8. Das Landesstraßengesetz
9. Die Landesbauordnung

II. Denkschriften, Pläne und Programme der Landesregierung:

1. Denkschrift über die Errichtung von wissenschaftlichen Hochschulen in Baden-Württemberg
2. Denkschrift zur Neuordnung und Sanierung des Krankenhauswesens
3. Denkschrift über Altenhilfe
4. Generalverkehrsplan
5. Denkschrift über den Ausbau des Hochrheins zur Schiffahrtsstraße
6. Plan zum Ausbau des Ingenieurschulwesens
7. Fünfjahresplan zur Beseitigung des Übungsleitermangels in den Sportvereinen
8. Dreijahresplan zum Ausbau der Sportschulen des Landes
9. Mittelstandsprogramm

III. Sonstige Maßnahmen:

1. Beschluß zur Gründung einer neuen Universität in Konstanz, einer Medizinischen Akademie in Ulm, einer zweiten Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg in Mannheim und zum Ausbau der Wirtschaftshochschule Mannheim
2. Einführung der Aufbaustufe an 90 Volksschulen als Vorbereitung der Reform der Volksschuloberstufe
3. Erlaß des Bildungsplanes für das 9. Volksschuljahr
4. Erlaß des Bildungsplanes für die Mittelschulen

5. Einführung der Oberstufenreform an den Gymnasien
6. Einleitung von Maßnahmen zur Beseitigung des Lehrermangels
7. Verbesserung der Beamtenbesoldung; Stellenüberleitung; Erhöhung des Kinderzuschlags als Beitrag zur familiengerechten Besoldung
8. Gründung der Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg
9. Einführung der Familienerholungsförderung durch das Land

IV. Das Land Baden-Württemberg liegt an der Spitze der Bundesländer:

1. In der Gewerbedichte:
auf 1000 Einwohner kommen 403 Beschäftigte in gewerblichen Arbeitsstätten (in Nordrhein-Westfalen 388)
2. In der Industriedichte:
1963 gab es 180 Industriebeschäftigte je 1000 Einwohner (in Nordrhein-Westfalen 173).
3. In der Handwerksdichte:
von 1000 Einwohnern sind nach der letzten Zählung 84 im Handwerk beschäftigt.
4. Im Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung:
von 100 Einwohnern sind 52 erwerbstätig.
5. In der Vollbeschäftigung:
Baden-Württemberg hat die geringste Zahl von Arbeitslosen (0,3 % Februar 1964).
6. In der Exportquote:
17,1 % des Auslandsumsatzes der Industrie des Bundesgebiets wurden von der baden-württembergischen Industrie getätigt.
7. In den Ausgaben für Schulen und Hochschulen je Einwohner:
die Ausgaben betragen je Einwohner 209,32 DM im Jahre 1962 (Hessen: 196,33 DM).
davon für Schulen 170,77 DM (Hessen: 160,59 DM)
Hochschulen 38,55 DM (Hessen: 35,74 DM)
8. In der Verwirklichung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen:
1964 waren die Empfehlungen erfüllt für Lehrstühle zu 100,8 %
Mittelbau 91,3 %
Assistentenstellen 100,6 %
Sachmittel für Lehre und Forschung 101,8 %

9. In der Zahl der Technikerschulen (68 gegenüber Nordrhein-Westfalen mit 21) und Wirtschaftsoberschulen (20 mit 40 % aller Wirtschaftsoberschüler der Bundesrepublik).
10. In der Beseitigung des Wohnungsmangels:
1962 wurden im Lande auf 10000 Einwohner 114 Wohnungen fertig, im Bundesgebiet 101. Im sozialen Wohnungsbau wurden in Baden-Württemberg in den letzten vier Jahren rund 110000 Wohnungseinheiten geschaffen.
11. Im Anteil der Eigenheime:
1961 waren 63 % aller Gebäude Ein- und Zweifamilienhäuser. Dazu kamen noch 18 % Bauernhäuser.
12. In der Zahl der Bausparer:
1962 wurden 157633 Bausparverträge neu abgeschlossen. Ein Viertel aller Bausparer im Bundesgebiet entfallen auf Baden-Württemberg. Die Bauspareinlagen je Kopf der Bevölkerung betragen in unserem Land Ende 1962 400 DM gegenüber 230 DM im Bundesdurchschnitt.
13. Im kommunalen Finanzausgleich:
Der Betrag von rund 1,4 Milliarden DM, den das Land 1964 gewähren will, ist so hoch wie das gesamte Gewerbesteueraufkommen aller Gemeinden im Jahre 1963.
14. In der Verwirklichung des „Goldenen Planes“ zum Bau von Sportstätten:
1964 übertreffen die Leistungen des Landes mit 25,5 Millionen DM die Forderungen des „Goldenen Planes“ um 2 Millionen DM.
15. In der Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe:
Die bisherige Aussiedlungsleistung des Landes umfaßt 30 % aller Aussiedlungen des Bundesgebiets.
16. In der Erfüllung der Hauptentschädigung:
1963 waren 88 % der Anträge beschieden.

V. Unter der Regierung Kiesinger wurden

1. Die Mittel des Landes für den Schulhausbau verdreifacht.
1960: 28 Millionen DM
1964: 80 Millionen DM (+ 120 Mill. DM Bindungsermächtigung)
Die Zahl der jährlich geförderten Klassenräume stieg von 1407 auf 2300.
2. Die Leistungen für das Bauprogramm der wissenschaftlichen Hochschulen verdoppelt.

- 1960: 73,4 Millionen DM
1964: 131,7 Millionen DM
3. Die Aufwendungen für die Ingenieurschulen verdreifacht.
1960: 8,9 Millionen DM
1964: 28,1 Millionen DM
Es wurden vier neue Ingenieurschulen gegründet. Insgesamt hat das Land nun 13 Ingenieurschulen. Die Studienplätze wurden von 5100 im Jahre 1960 um 2500 auf 7600 im Jahre 1964 erhöht.
4. Die Zuschüsse für die pädagogischen Hochschulen mehr als verdoppelt.
1960: 5,9 Millionen DM
1964: 13,6 Millionen DM
Zu Beginn des Sommersemesters 1962 wurden acht pädagogische Hochschulen eröffnet.
Die Zahl der Lehrkräfte verdoppelte sich von 201 auf 398. Die Zahl der Studierenden stieg von 3596 auf 5023.
5. Die Studienförderung verdoppelt.
1960: 8,5 Millionen DM
1964: 20,7 Millionen DM
6. Die Förderung der Privatschulen verdoppelt.
1960: 9,3 Millionen DM
1964: 20,5 Millionen DM
7. Die Mittel zur Förderung des Sports verdoppelt.
1960: 21,5 Millionen DM
1964: 38 Millionen DM
1964 wurden erstmals 645000 DM für den Fünfjahresplan der Landesregierung zur Beseitigung des Übungsleitermangels eingestellt. Für den Ausbau der Sportschulen betrugen die Ausgaben in den Jahren 1961 bis 1963 4,5 Millionen DM.
8. Die Mittel für Erwachsenenbildung verdreifacht.
1960: 1,3 Millionen DM
1964: 3,7 Millionen DM
9. Die Ausgaben für Jugendpflege und Jugendwohlfahrt (Landesjugendplan) mehr als verdreifacht.
1960: 8,2 Millionen DM
1964: 25,6 Millionen DM
10. Die Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs mehr als verdoppelt.
1961: 673 Millionen DM 1964: 1400 Millionen DM

11. Die Zuschüsse für die Wasserversorgung verdoppelt.
1960: 25,8 Millionen DM
1964: 50 Millionen DM
12. Die Leistungen für die Wasserreinhaltung und Wasserbeseitigung mehr als verdreifacht.
1960: 19 Millionen DM + 1,5 Millionen DM Darlehen
1964: 64 Millionen DM + 25 Millionen DM Darlehen
Allein die Zuschüsse für die Reinhaltung des Bodensees haben sich unter der Regierung Kiesinger verfünffacht.
13. Die Landeszuschüsse für den Neubau und die Sanierung von Krankenhäusern, Alterspflegeheimen und Schwesternhäusern mehr als verdreifacht.
1960: 12 Millionen DM
1964: 37,5 Millionen DM + 61 Mill. DM Bindungsermächtigung
Im Januar 1964 wurde das Deutsche Krebsforschungszentrum Heidelberg ins Leben gerufen.
14. Die Zuschüsse für Altersheime und Altenwohnheime mehr als verdoppelt.
1960: 2 Millionen DM
1964: 5 Millionen DM
15. Die Aufwendungen für den Straßenbau von 187 Millionen DM im Jahre 1960 auf 258 Millionen DM im Jahre 1964 gesteigert. Dazu kommen Zuschüsse für das kommunale Straßennetz in Höhe von 150 Millionen DM im Jahre 1964.
16. Die jährlichen Mittel für die regionalen Sanierungsprogramme fast verdoppelt auf 44 Millionen DM im Jahre 1964.
17. Die jährliche Flurbereinigungsfläche auf über 30000 ha gesteigert und die jährlichen Aussiedlungen 1962 mit 774 auf einen bisherigen Höchststand gebracht.
18. Zwei Landesmilchpfennige eingeführt.
Im Jahre 1964 betragen die Zuschüsse für Milcherzeuger, die der Verbilligung der Milch für den Verbraucher dienen, 53 Millionen DM.
19. Die Zahl der im Lager und den Übergangwohnheimen Unterbrachten auf ein Viertel reduziert.
20. Die Anträge auf Schadensfeststellung im Lastenausgleich zu 88 % erledigt gegenüber 57 % im Jahre 1960.

Der Wahlslogan der CDU für die Landtagswahl 1964:

ZIELBEWUSST IN EINE GUTE ZUKUNFT

erhält dadurch seinen besonderen Wert und seine Überzeugungskraft, daß die CDU – wie keine andere Partei – in Land und Bund auf ihre hervorragenden Leistungen und Erfolge in Vergangenheit und Gegenwart verweisen kann.

Ihre bisherige große Bewährung ist die beste Garantie für ihre künftige Leistung!

Pressestelle der CDU Baden-Württemberg
Druck: Schwabenverlag AG · Stuttgart